

# MBI INFORMIERT

**MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN**  
**UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 11/19**

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,  
45468 Mülheim  
Tel. 0208 - 3899810  
Fax 0208 - 3899811

e-mail: [mbi@mbi-mh.de](mailto:mbi@mbi-mh.de)

<http://www.mbi-mh.de>

## Lieber Gott, warum nur hast Du Mülheim verlassen?

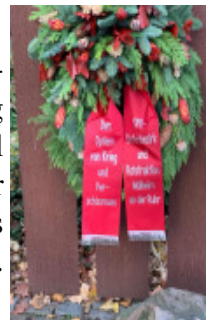


Viele Augen schauen auf die kleine Großstadt mit Ruhr zwischen Essen, Oberhausen, Duisburg und Düsseldorf. Die Finanzaufsicht in Düsseldorf hat nur noch wenige Tage, um zu entscheiden, ob sie den Haushalt für 2019 genehmigt oder nicht und gleichzeitig, ob ihr der Haushalt 2020 ausreicht, um 31 Mio. Euro aus dem Stärkungspakt für dieses Jahr auszahlen zu dürfen. Da wesentliche Maßnahmen im Etat 2019 bisher nicht umgesetzt wurden, könnte passieren, dass der RP nun doch einen Spakommissar schicken müsste. Man/frau wird sehen. Mehr auf dem Einlegeblatt

**Adventsmarkt am Kirchenhügel auch mit Infostand zur VHS in der MüGa**  
Von Freitag, 29. November bis Sonntag, dem 15. Dezember, findet wieder der Adventsmarkt in der Mülheimer Altstadt statt, geöffnet Di. bis Fr. jeweils ab 16 Uhr, Sa. und So. ab 14 Uhr und Mo geschlossen. Auch die BI "Erhalt unserer VHS in der MüGa" ist wieder dort vertreten, um zu informieren. Das ist wichtig, weil der Kämmerer die Umsetzung des Bürgerentscheids zur Wiederinbetriebnahme der VHS verzögern möchte. Mehr auf S. 2+3

## Peinlich, peinlich, der SPD-Kranz zum Volkstrauertag

Ein Ereignis brachte Mülheim im November bundesweit in alle Medien: Bei einer Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag hatte die Mülheimer SPD einen Kranz mit falscher Beschriftung niederlegen lassen. Sie gedachte der "Opfer von Krieg und Verschissmus", vermutete dann schnell Sabotage und stellte Anzeige. Bald stellte sich heraus, dass sie nicht ganz unbeteiligt an dem Fehler war. Sehr unerfreulich: Die Floristin quittierte ihren Job und der Dümptener Blumenladen schloss vorerst. In einigen Zeitungen wurde das Wort "Verschissmuss" als Wort des Jahres vorgeschlagen. Wenigstens damit würde Mülheim geehrt.



## Wenig sinnvolle Haushaltsbefragung zur Mobilität in Mülheim 2019

Im Nov. erhielten viele Menschen in der Ruhrstadt mit der "Verschissmuss"-Posse Anschreiben und Fragebögen zu "**Wichtige Befragung zur Mobilität der Mülheimer Bevölkerung**"

Auch in diesem Jahr ließ die bankrotte Stadt Mülheim nämlich eine Befragung von 10.000 repräsentativ ausgesuchten Haushalten zur Mobilität durchführen, genau wie bereits in vergangenen Jahren. Das hatte aber bisher bereits keinerlei sittlichen Nährwert, der z.B. zu besseren Verkehrskonzepten geführt hätte. Im Gegenteil, Ratlosigkeit und Chaos bei der lange überfälligen Verkehrswende waren seit Kriegsende noch nie größer. Auch die neue Mobilitätsbefragung wird nichts zur Besserung beitragen können, so wie sie angelegt ist. Grundsätzlichere Entscheidungen insbesondere zur ÖPNV-Zukunft sind vonnöten, wozu Rat und Verwaltung seit Jahren aber außerstande sind, warum auch immer. Dafür ist wenig hilfreich, wenn aus 10.000 Haushalten einzelne Bewegungsprofile u.ä. für einen Stichtag erfasst werden. **Das ganze ist eine Geldverschwendung ohne erkennbaren Nutzen, den sich ausgerechnet die NRW-Großstadt mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung und den zukunftslosesten ÖPNV-Plänen eigentlich nicht mehr hätte gönnen dürfen!**

### Auf den folgenden Seiten:

- Will der Kämmerer die Umsetzung des Bürgerentscheids zum VHS-Erhalt sabotieren?..... S.2+3
- Rettet das Winkhauser Tal im Regionalen Grünzug B - Neuauflage die xte? ..... S. 4

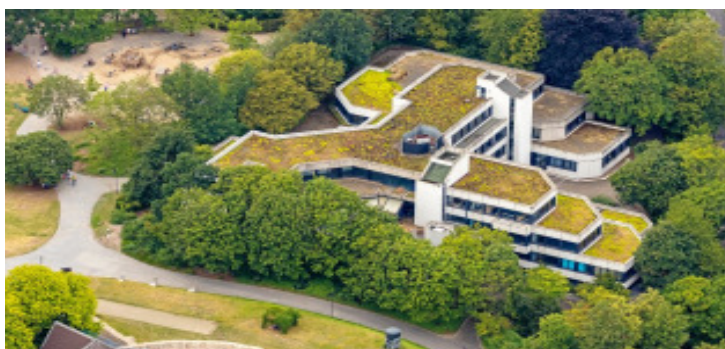
**Einlegeblatt:** Hoffnungslose Schuldenstadt Mülheim einsam im Revier? und  
ÖPNV-Politik in Mülheim - Abgründe völliger Ratlosigkeit?!

## Will der Kämmerer die Umsetzung des Bürgerentscheids zum VHS-Erhalt sabotieren?

Am 6. Okt. haben zwei Drittel der abstimmenden Mülheimer/innen für die Wiederinbetriebnahme der mutwillig geschlossenen VHS in der MüGa gestimmt, und zwar deutlich mehr als das vorgeschriebene Mindestquorum für Bürgerentscheide. Seither geht es darum, den Bürgerwillen umzusetzen, der gegen die Verwaltung, speziell den Kämmerer, und gegen eine Ratsmehrheit manifestiert wurde. Nun müsste in der hyperverschuldeten Stadt die kostengünstigste und praktikabelste Lösung gefunden werden. Dazu hatten die Befürworter der VHS klare Vorschläge formuliert, während die Kämmerei das Gefälligkeitsgutachten zu Standortalternativen aufbot und davon ausgehend behauptete, viele andere Projekte müssten darunter leiden, wenn die Komplettanierung der VHS durchgeführt werde. Andere Möglichkeiten hatten die Gutachter auftragsgemäß nicht untersucht. Weil die anderen 2 Standortalternativen (Neubau auf städtischem oder Neubau auf fremdem Gelände) ohnehin wenig realistisch schränkte sich das Gutachten vornehmlich auf den Kostenvergleich von VHS-Komplettanierung in der MüGa und VHS-Anmietung Fabrikgebäude Aktienstr., jeweils auf 30 Jahre hochgerechnet. Weil aber Volkshochschule für viele Bürger mehr beinhaltet als dies ein derartig reiner und höchst zweifelhafter Kostenvergleich darstellen könnte, stimmten sie aus guten Gründen für die VHS in der MüGa trotz massiver Stimmungsmache dagegen.



### Was nach dem Bürgerentscheid dagegen wirklich nötig wäre



Um das intakte VHS-Gebäude wieder nutzen zu können, muss endlich der Brandschutz durchgeführt werden, was ja schon seit 2007 bekannt ist. Das würde höchstens bis zu 2 Mio. Euro kosten, wie selbst der vom Rat beauftragte Gutachter einräumen musste. Da es wegen der Statik und der Schadstoffe keine Probleme gibt, ist der mangelhafte Brandschutz der einzige Grund für die Schließung. Darüber hinaus muss für weitere Sanierungs-

und Renovierungsmaßnahmen ein Konzept erstellt werden. Diese Sanierung kann abschnittsweise durchgeführt werden, so dass der Betrieb abschnittsweise wieder aufgenommen werden kann. Das ist umso wichtiger, weil der insbesondere für Weiterbildung und Integration enorm wichtige VHS-Betrieb durch die Schließung und den Ersatz am ungeeigneten Standort Aktienstr. massiv an Quantität und Qualität eingebüßt hat. Einige Bereiche müssen deshalb wieder neu aufgebaut werden, was nach und nach in den bereits renovierten Teilabschnitten im MüGa-Gebäude geschehen könnte und sollte.

**Wichtig ist, dass der Brandschutz und die übrigen Umbauten getrennt voneinander geplant und beauftragt werden. Die Brandschutzsanierung ist dringlich, alles andere auf Jahre zu verteilen. Damit wird auch keine EU-weite Ausschreibung erforderlich, was alles nur verzögern würde.**

Der Architekt Teich hatte angeboten, auf seine Kosten ein Konzept für diese Vorgehensweise erstellen zu lassen. Dieses großzügige Angebot muss unbedingt genutzt werden und ihm deshalb zeitnah der Zugang zum Gebäude endlich ermöglicht werden.

Neben der Gebäudesanierung muss auch ein neues inhaltliches Konzept für unsere VHS erarbeitet werden. Daran müssen die Nutzer und Dozenten, interessierte Bürger und VHS-Experten beteiligt werden. Dazu gehört auch eine neue Satzung: 2004 hatte der Rat alle Mitbestimmungsmöglichkeiten, wie sie in anderen Städten selbstverständlich sind, aus der Satzung gestrichen.

## Die Verwaltung aber fährt noch weiter auf alten, verrosteten Gleisen auf einer durch den Bürgerentscheid stillgelegten Trasse

Für die Ratssitzung im Dezember hat die Verwaltung einen Beschlussvorschlag eingebracht, der vorsieht:

- ◆ die Komplettsanierung incl. Brandschutz mit europaweiter Ausschreibung
- ◆ Kosten von nunmehr sogar 22,5 Mio. € (!), davon allein 3,9 Mio. € für Planungskosten
- ◆ Wieder-Inbetriebnahme 2025
- ◆ 700 m<sup>2</sup> für VHS-fremde Nutzung
- ◆ Verschiebung von Investitionen für Schulen und Sportanlagen

**Nein, so nicht! Das ist überflüssig, zu teuer und zu langwierig!**

Herr Teich, der Architekt der VHS, bemüht sich immer noch mit Prof. Pfeiffer aus Darmstadt um einen Besichtigungstermin in der VHS als Voraussetzung für das auf seine Kosten zu erstellende Sanierungskonzept mit Kostenschätzung.

Man muss sich als Mülheimer schämen, wie erbärmlich und niederträchtig mit dem Hilfsangebot des Architekten bisher umgegangen wurde. Ihm steht unzweifelhaft ein Urheberrecht zu, weshalb er an sich bereits vor bzw. direkt nach der überfallartigen VHS-Schließung hätte kontaktiert und zur Beratung hinzugezogen werden müssen, wie unter gesitteten Menschen üblich. Doch das exakte Gegenteil war sogar dann noch der Fall, als er sich Monate später von sich aus meldete! Unglaublich. Und zu seinem Urheberrecht wurde nur gesagt, das prüfe man nicht, solange er keine gerichtliche Klage eingereicht habe. Man glaubt es kaum!



Eine finanziell völlig vor die Wand gefahrene Stadt wie Mülheim kann und sollte sich eine derartig hochnäsige Arroganz nicht leisten, ganz unabhängig davon, dass es unverantwortlich seitens der Kämmerei und des ihr unterstellten Immoservice ist, sein für die Stadt kostenloses Hilfsangebot und jeden Vorschlag für eine billigere Wiederinbetriebnahme der bewährten VHS barsch abzulehnen und einfach als quasi nichtexistent zu ignorieren und zu missachten.

**Dass die Beschlussvorlage des Kämmerers einen Affront und einen Schlag ins Gesicht des Bürgerentscheids darstellt, ist offensichtlich.**

Doch was will man erwarten von einem nicht gelernten Kämmerer, der bei den Etats der letzten Jahre insgesamt ein Riesenchaos angerichtet hat? Seine geistige Unbeweglichkeit gleicht der eines Granitblocks und seine Weitsicht der eines Panzers im Rückwärtsgang. Das Votum des Bürgerentscheids war deutlich und eindeutig gegen seine skandalösen bisherigen VHS-Manöver gerichtet. Er und möglicherweise eine lammfromme Ratsmehrheit dürfen das noch einmal als eine Art Machtdemonstration so beschließen, wie in der Vorlage V 19/0932-01 vorgeschlagen. Die bankrotte Stadt Mülheim aber kann sich derartige Spielchen nicht mehr leisten und nicht wenige Bürger/innen haben auch die Nase gestrichen voll davon!

Zur Erinnerung: Die Fragestellung beim Bürgerentscheid lautete:

**"Sollen VHS-Grundstück und -Gebäude in der MüGa im Eigentum und Besitz der Stadt Mülheim bleiben und der VHS-Betrieb dort wieder aufgenommen werden?"**



Links das Titelblatt des VHS-Halbjahresprogramms. Doch das Bild drückt nicht die Gefühlslage der Kursteilnehmer und Dozent/innen im notdürftigen VHS-Standort Aktienstraße aus, im Gegenteil! Viele sind unglücklich über die völlig ungeeignete Ersatz-VHS in dem ehemaligen AEG-Fabrikgebäude an der verkehrsreichen Straße. Das ungleich besser geeignete denkmalgeschützte VHS-Gebäude in der MüGa steht seit der überfallartigen Räumung im Sept. 2017 aber leer. Deshalb stimmten am 6. Okt. beim Bürgerentscheid über 18.000 Mülheimer/innen für Erhalt und Wiedernutzung unserer einzigartigen VHS in der MüGa, ca. 12.000 wären nötig gewesen.

Die vorher bestens funktionierende Mülheimer VHS mit über 500 Kursen bot zum letzten Semester im Ersatzstandort Aktienstr. 43% weniger Kurse an als vor der überfallartigen Schließung im Sept. 17. Auch die Anmeldungen sind selbst für diese Restkurse eher rückläufig. Diese erbärmliche Entwicklung eines sehr wichtigen Teils von Bildung muss geändert werden!

## Rettet das Winkhauser Tal im Regionalen Grünzug B - Neuauflage die xte? Demokratie und Klimaschutz - Stiefkinder der Mülheimer Lokalpolitik, die immer noch zu sehr im Kirchturm verhaftet ist und bleibt?

In der Mai-Ratssitzung in Mülheim warnten und mahnten 2 Vertreter der lokalen "Fridays for Future"-Kundgebungen inständig vor weiterer ruinöser Umweltzerstörung global und lokal. Wenn man die Jugendlichen auch nur im Ansatz ernst nimmt, so reicht es nicht, ihren globalen oder nationalen Forderungen irgendwie recht zu geben. Man muss auch vor Ort in ihrem Sinne handeln oder zumindest bei lokalen Themen, die bzgl. Klimaveränderung und ihren Folgen besonders heikel sind, Tabuzonen festlegen und dazu eindeutig Stellung beziehen.

Deshalb beantragten die MBI für die Ratssitzung am 27. Juni die Festlegung von Tabubereichen im Mülheimer Stadtgebiet für weitere Bebauung, und zwar für den Grünzug B und die Hänge sowie Kaltluftentstehungsflächen zum Rumbachtal. Doch der Antrag wurde im Rat am 27.6.19 von der großen Ratsmehrheit von der Tagesordnung gestimmt. Er sollte dann nach den Sommerferien in einem zuständigen Ausschuss (Umwelt oder Wirtschaft/Stadtentwicklung blieb ungeklärt) behandelt werden. Das aber geschah nicht.

Anstelle dessen wurde für die einzig von der Stadt finanzierte Wirtschaftsförderungsgesellschaft M&B eine große Studie zur Ausweisung neuer Gewerbeflächen erstellt, die Anfang Okt. ausgewählten Vertretern der Politik präsentiert wurde. Darin die gefühlt mindestens 10te Neuauflage der Pläne für ein Gewerbegebiet im Winkhauser Tal im Grünzug B. Dazu passte der MBI-Antrag nicht, also ließ man ihn einfach verschwinden.

Die angekündigte Behandlung des M&B-Gewerbeflächengutachtens ("Wirtschaftsflächenkonzept") im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Mobilität sollte im November stattfinden. War aber nicht. Nun wird anstelle dessen die Diskussion erst einmal nur über verschiedene große Artikel in der Mülheimer WAZ geführt. Auffällig dabei ist, dass das Winkhauser Tal als heikelster Bestandteil zumindest in Mülheim zumeist unerwähnt bleibt. Der missachtete, MBI-Antrag ist aber hochaktuell!

Im Planungsausschuss am 26. November stellte ein Büro aus Amsterdam/Köln seinen Zwischenbericht zum "Klimaanpassungskonzept der Stadt Mülheim" vor und alle waren hellauf begeistert. Zu konkreten Plänen der Stadt mit eindeutigen Klimaauswirkungen vor Ort war allerdings nichts enthalten, war sicherlich nicht in ihrem Auftrag enthalten. Doch egal:

**Die Sicherung der Belüftungszonen sowie Kaltluftentstehungsgebiete in einem Ballungsraum sind in jedem Klimaanpassungskonzept zweifelsohne von zentraler Bedeutung. Das bestätigte auch der Gutachter auf die MBI-Nachfrage, ohne zu wissen, dass das Rumbachtal und das Winkhauser Tal für Mülheim dafür von höchster Bedeutung sind, obgleich beide gefährdet sind durch Baupläne für Schlippenweg und Tinkrathstr. bzw. das o.g. geplante Gewerbegebiet.**

Auf der anderen Seite des Winkhauser Tals liegt Essen-Schönebeck. Dort diskutiert man die Mülheimer Pläne offener als in Mülheim selber, vgl. den Artikel in der Essener WAZ.

WAZ Essen 26.11.19 **"Gewerbeflächen - Neue Sorgen in Essen-Schönebeck um das Winkhauser Bachtal:** Die Frischluftschneise zwischen Essen und Mülheim wird von vielen Anwohnern als Naherholungsgebiet geschätzt. Der Kampf um die Felder und Wiesen muss offenbar immer wieder geführt werden. Mülheim hat auf der Suche nach Gewerbeflächen wieder die Felder an der Essener Stadtgrenze im Blick. Schönebecker kündigen erneut Widerstand an. ...."

Hier noch ein altes Bild von einem ehemaligen Flugblatt zum Winkhauser Tal. Bereits 1981 sind Pläne für ein Gewerbegebiet dort zum 1. Mal gescheitert. Die Argumente Pro und Contra sind auch nach fast 40 Jahren fast identisch. In Essen hat sich die Bürgerinitiative "Rettet die Schönebecker Grünflächen" wieder neu formiert



ein Gewerbegebiet dort zum 1. Mal gescheitert. Die Argumente Pro und Contra sind auch nach fast 40 Jahren fast identisch. In Essen hat sich die Bürgerinitiative "Rettet die Schönebecker Grünflächen" wieder neu formiert

P.S.:

Dass bei der von den Grünen dominierten Mülheimer Fridays for Future-"Bewegung" das Thema Frischluftschneisen nicht vorkommt, genauso wenig wie die katastrophale Mülheimer ÖPNV-Politik ist bedauerlich, aber erklärbar

# Einlegeblatt

**M ü l h e i m e r  
B ü r g e r -  
I n i t i a t i v e n** ●

Fraktion in Rat und  
Bezirksvertretungen  
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr

Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1  
45468 Mülheim / Ruhr

Telefon: 0208-3899810  
Telefax: 0208-3899811

**M B I**

e-mail: [fraktion@mbi-mh.de](mailto:fraktion@mbi-mh.de)

<http://www.mbi-mh.de>

## Hoffnungslose Schuldenstadt Mülheim einsam im Revier?

WAZ vom 26.11.2019: **"Revierstädte fahren Überschüsse ein"**

Essen. Erstmals seit Jahrzehnten haben die hoch verschuldeten Ruhrgebietsstädte wieder nennenswerte Haushaltsüberschüsse erzielen können. Laut dem neuen Kommunalfinanzbericht des Regionalverbandes Ruhr (RVR) erwirtschafteten die 53 Kommunen des RVR-Gebietes im vergangenen Jahr einen Überschuss von zusammen einer Milliarde Euro. Pro Kopf lag das Finanzsaldo bei 198 Euro. Damit setzte sich der Trend von 2017 fort. "Die Lage der Kommunalfinanzen im Ruhrgebiet war 2018 so gut wie nie", sagte Finanzexperte Martin Junkernheinrich am Montag in Essen. Auch Kredite wurden getilgt. Ein Großteil der Überschüsse sei aber durch den Griff in die Rücklagen und geringe Investitionen erkaufte worden. Mko

**Nicht erwähnt wird von der WAZ, auch nicht in dem längeren Artikel dazu auf der Rhein-Ruhr-Seite, dass die o.g. positive Entwicklung um Mülheim/Ruhr einen großen Bogen gemacht hat, und das, obwohl die eklatante Misswirtschaft die eigentlich privilegierte kleine Großstadt Mülheim (im Revier-Vergleich niedrige Arbeitslosigkeit, recht diversifizierte, robuste Wirtschaft, relativ hohe Durchschnittseinkommen usw.) im letzten Jahrzehnt nach und nach zum NRW-Spitzenreiter der Pro-Kopf-Verschuldung (zuletzt ca. 11.500 €/Kopf) hochkatapultiert hatte.**



In Mülheim wurde 2018 trotz über 31 Mio. € Landesextrahilfe durch den Stärkungspakt das geplante neue Haushaltsloch von 23 Mio. um satte ca. 40 Mio. € überschritten. Die über 62 Mio. Defizit für 2018 erhöhten also die Pro-Kopf-Verschuldung um 304 €, während sie im gesamten RVR-Bereich um 198 € sank. Auch die über 1,1 Milliarden Kassenkredite konnten logischerweise nicht reduziert werden, im Gegenteil. Ein "Griff in die Rücklagen" ist in Mülheim mit seinen 172.000 Einwohnern seit 2013 auch nicht mehr möglich, weil seitdem eine eklatante bilanzielle Überschuldung besteht, die stetig anwuchs und heute bereits über 600 Mio. € beträgt. Die Gesamtverschuldung liegt über 2 Milliarden.

Selbst wenn also, wie von vielen Seiten gefordert, Bund und Land die Altschulden übernehmen würden, wäre Mülheim finanziell nicht wirklich gerettet. Wie seit vielen Jahren von den MBI gefordert, müssten dafür strukturelle Änderungen endlich angegangen werden.

**Wie konnte es zu einer solchen Haushaltskatastrophe überhaupt kommen, wo doch Mülheim sehr viel bessere Bedingungen hatte als z.B. Gelsenkirchen, wo die Pro-Kopf-Verschuldung heute nur halb so hoch ist?**

Eine Mischung aus Dilettantismus und Hybris bis Größenwahn, dazu ein selbst für Ruhrgebietsverhältnisse enormer Filz sowie Vettern- und Cousinenwirtschaft haben eine riesige Misswirtschaft erzeugt, so dass Mülheim im letzten Jahrzehnt laut Bertelsmann-Studie das größte Verschuldungstempo aller deutschen Großstädte aufwies.

Und die sog. Finanz"aufsicht" des Landes, das bekanntlich für seine Kommunen haftet, drückte immer und immer wieder alle Äuglein zu und genehmigte fast alles, auch noch den Haushalt für 2018, wenn auch erst nachträglich Mitte Dez., als allerdings das neue viel größere Haushaltsloch schon bekannt war.

Der Haushalt 2019 ist kurz vor Jahresende noch nicht genehmigt. Obwohl zentrale Punkte wie jährliche Einsparung beim ÖPNV von 7 Mio. und bei Personal mit 6 Mio. € bisher nicht konkretisiert wurden und noch völlige Luftnummern sind, darf man gespannt sein, ob die Finanzaufsicht beim RP Düsseldorf wieder einmal ihre Genehmigung erteilt.

b.w.

Weil die wirtschaftliche Lage im Ruhrgebiet noch schneller eintrübt als in fast allen anderen deutschen Landesteilen, wird die Mülheimer Misswirtschaft demnächst sicher in größere Turbulenzen geraten. Vor Ort aber wird munter weitergewurschtelt wie seit Jahren. Wir haben's ja und das Gottvertrauen, dass das haftende Land NRW alles schon richten wird, ist ungebrochen, obwohl keine Mülheimer mehr wie zuvor mit Kraft und Steffens (dazu der Duisburger Jäger, der Oberhausener Groschek und der Essener Kutschaty), in der Landesregierung sind.

Wenn aber auch die schwarzgelbe Landesregierung nicht bald aufwacht, dann wird ihr der größte Ballungsraum in NRW mit seinen über 5 Millionen Menschen noch richtig Kopfzerbrechen bereiten.

Nur zur Erinnerung:

Eon will viele in Essen und Dortmund entlassen, die Stahlindustrie liegt am Boden, die zahlreichen Zulieferfirmen für die Autoindustrie kriseln heftig und dann auch noch

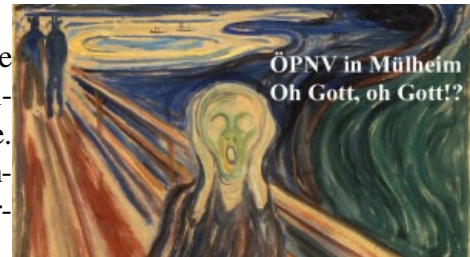
### **Der Kollateralschaden von Thyssenkrupp**

Wirtschaftswoche 19.11.19: *"Mit dem Abstieg des letzten großen Industriekonzerns im Ruhrgebiet droht ein Flächenbrand. An Thyssenkrupp hängen Tausende Jobs bei Anlagenbauern, Zulieferern und Logistikern - sogar die Kunst muss bangen. ...."*

## **ÖPNV-Politik in Mülheim - Abgründe völliger Ratlosigkeit?!**

Wieder nur per Tischvorlage hat der Rat der Stadt Mülheim am 7. Nov. einen zentralen Punkt des letzten, noch nicht genehmigten Etats für 2019 angeblich konkretisieren wollen/sollen, nämlich ein ÖPNV-Netz auf Grundlage des Beschlusses von SPD/CDU/Grünen (Kenia-MH) von Dez. 18, zu beschließen, um jährlich 7 Mio. beim ÖPNV einzusparen. Die Tischvorlage von SPD/CDU/Grünen „Vorlage V 19/0809-01 – hier: Haushaltssanierungsplan 2020ff.“ enthielt auf 4 Seiten nichts Substantielles außer unkonkreten Absichtserklärungen als Prüfaufträge an die Verwaltung. Im letzten Satz der „Allgemeinen Vorgaben“ stand: „In der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Mobilität am 19. November 2019 legt die Verwaltung einen Zeitplan vor, bis wann die folgenden Prüfaufträge abgearbeitet und der Politik zur weiteren Beratung vorgelegt sein werden.“

Unsere Kenia-Koalitionäre beschlossen dann diesen Antrag, ohne dass auch nur in Ansätzen erkennbar wäre, wie genau das Einsparziel von 7 Mio. jährlich beim ÖPNV erreicht werden könnte. Dass die Vorberatung im zuständigen Mobilitätsausschuss nur nachgelagert wurde, ist bereits bedenklich, von der fehlenden Bürgerbeteiligung ganz zu schweigen.



Im Ausschuss am 19. November wurde dann über die gesamte o.g. Problematik nicht gesprochen. Der am 7. Nov. beschlossene Auftrag an die Verwaltung, einen Zeitplan am 19.11. vorzulegen, wurde angeblich aus Zeitmangel nicht umgesetzt und soll im Feb. weiter beraten werden. Oh weia!

**Man muss sich ernsthaft fragen, welche Vorstellung von Demokratie Schwarz-Rot-Grün im Sinn haben? Über den zig-tausendfachen Bürgerantrag zur Aufhebung des unseligen und unsinnigen ÖPNV-Einsparbeschluss von Dez. 18 weigerte man sich im letzten Ausschuss am 17.9. abzustimmen. Man vertröstete darauf, dass doch die Bürgerbedenken in einem neuen Konzept bis Nov. mitbedacht werden würden. Nun liegt aber kein neues Konzept vor, lediglich erneute Prüfaufträge, Fahrgastzählungen u.ä.. Und bis das dann genug geprüft, gezählt, begutachtet und was auch immer angedacht ist, braucht sich auch der zuständige Ausschuss nicht mehr damit zu befassen, die ohnehin nur störenden Bürger schon überhaupt nicht, oder was?**

Doch egal: Man hat selten eine größere geistige Bankrotterklärung erlebt als bei der Mülheimer ÖPNV-Planung. Die vollständige Ratlosigkeit von Kenia-Ratsmehrheit und Verwaltung wird durch die erneute Prüferi und Verschieberei nur sehr offensichtlich.

**7 Millionen streichen stellt die falschen Weichen!**

Lassen wir uns nicht abhängen!

- Alle Linien erhalten
- Taktzeiten verbessern
- Verbindung zu Nachbarstädten

Mülheimer Bürgerinitiativen

Die Kenia-Koalition hatte seit Juni Zeit, als der 1. Versuch einer ÖPNV-Schrumpfkur, das „Netz 23“, kläglich scheitern musste, noch bevor darüber beraten werden konnte. Und nun legten sie außer der wenig sinnvollen Idee der Abkappung der Linie 901 an der Hochschule und einer teuren Verlängerung der U 18 bis dorthin, nichts vor, was seit 2011 nicht bereits in den bisherigen 5 Gutachten für zig Mio. € vorgelegen hätte, um danach in den Ablagen zu verschwinden.